

MEINUNGSBAROMETER.INFO

DAS FACHDEBATTENPORTAL
Für Entscheider aus Politik, Wirtschaft, Medien & Gesellschaft

DOKUMENTATION

FACHDEBATTE

NEUE WASSERSTRATEGIE FÜR DEUTSCHLAND

Neue Abgaben für Landwirtschaft und Chemie-Industrie geplant

Die Dokumentation beinhaltet alle Positionen, ausführliche Analysen und Prognosen zu dieser Fachdebatte sowie eine übersichtliche Management Summary.

Debattenlaufzeit: 20.07.2021 - 28.12.2021

INHALTSVERZEICHNIS

DEBATTENBESCHREIBUNG	4
AKTIVE DEBATTENTEILNEHMER	5
MANAGEMENT SUMMARY	7
DEBATTENBEITRÄGE	11
MILLIARDEN FÜR WASSERINFRASTRUKTUR NÖTIG Wie ein UFZ-Forscher den Entwurf zur Wasserstrategie bewertet	11
PROF. DR. DIETRICH BORCHARDT Leiter des Departments Aquatische Ökosystemanalyse und Management Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung - UFZ	
MITTEL AUS DER WASSERSTRATEGIE NICHT MEHR ALS TROPFEN AUF DEM HEISSEN STEIN Wie der BUND den Entwurf zur Wasserstrategie bewertet	14
SEBASTIAN SCHÖNAUER Sprecher AK Wasser BUND	
URBANE BALLUNGSRÄUME ZU WASSERBEWUSSTEN ZUKUNFTSTÄDTEN UMBAUEN Was am Entwurf zur Wasserstrategie schon gut ist - und wo noch Bedarf besteht	16
PROF. DR. ULI PAETZEL Präsident Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA)	
NABU FORDERT RENATURIERUNGSFONDS VON 500 MIO. EURO PRO JAHR Wie bei der Wasserstrategie noch nachgebessert werden sollte	19
DIANA NENZ Referentin für Gewässerpolitik NABU	
WASSERVERSORGUNG ALS KRITISCHE INFRASTRUKTUR UNZUREICHEND VERNETZT Was für die Versorgungssicherheit wichtig ist	23
TURGUT PENCERECCI Mitgeschäftsführer Deutscher Bund für verbandliche Wasserwirtschaft e. V. (DBVW)	

MEHR WASSERSTRESS DURCH DEN KLIMAWANDEL Wie die Politik für genug sauberes Wasser sorgen sollte	26
DR. DURMUS ÜNLÜ Geschäftsführer Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft e.V. (AöW)	
WIE DER WASSERSCHATZ VERTEILT WERDEN SOLLTE Und wie das zu zu organisieren ist	30
GODEHARD HENNIES Geschäftsführer Wasserverbandstag e.V.	
EKLATANTE DATEN-DÜRRE RUND UMS WASSER Wie die Wasserversorgung resilient werden kann	32
SIEGFRIED GENDRIES Mitglied Partner für Wasser e.V.	
IMPRESSUM	36

DEBATTENBESCHREIBUNG



INITIATOR

THOMAS BARTHEL

Herausgeber

Meinungsbarometer.info

NEUE WASSERSTRATEGIE FÜR DEUTSCHLAND**Neue Abgaben für Landwirtschaft und Chemie-Industrie geplant**

Pestizide aus der Landwirtschaft im Grundwasser, versiegelte Flächen durch immer mehr Städtebau, expansive Industrie, Klimawandel. All das macht Druck auf das Grundwasser und damit auf die Wasserwirtschaft. Experten sind sich einig: die Weichen für eine nachhaltigere und angepasste Wassernutzung muss jetzt gestellt werden.

Tatsächlich hat das Bundesumweltministeriums einen Entwurf für eine Nationale Wasserstrategie vorgestellt. Hier soll es Antworten geben, wie die Wasserversorgung für Menschen und Umwelt in ausreichender Menge und notwendiger Qualität gesichert werden kann.

Um späteren Nutzungskonflikten vorzubeugen sollen jetzt schon Nutzungshierarchien aufgestellt werden. Außerdem sollen Verbundnetze und Fernleitungen die ortsnahe Wasserversorgung ergänzen und der Datenaustausch zwischen den zuständigen Stellen in Bund, Ländern, Kreisen und Kommunen verbessert werden. Obendrein sollen in den kommenden 10 Jahren jeweils 100 Millionen Euro für einen besseren Zustand der Gewässer eingesetzt werden. Führt diese Strategie in eine sichere Wasser-Zukunft? Oder gibt es noch Nachbesserungsbedarf?

AKTIVE DEBATTENTEILNEHMER



PROF. DR. DIETRICH BORCHARDT

Leiter des Departments Aquatische Ökosystemanalyse und Management

Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung - UFZ



SIEGFRIED GENDRIES

Mitglied

Partner für Wasser e.V.



GODEHARD HENNIES

Geschäftsführer

Wasserverbandstag e.V.



DIANA NENZ

Referentin für Gewässerpolitik

NABU



PROF. DR. ULI PAETZEL

Präsident

Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA)



TURGUT PENCERECI

Mitgeschäftsführer

Deutscher Bund für verbandliche Wasserwirtschaft e. V. (DBVW)



SEBASTIAN SCHÖNAUER

Sprecher AK Wasser

BUND



DR. DURMUS ÜNLÜ

Geschäftsführer

Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft e.V. (AöW)

MANAGEMENT SUMMARY

28.12.2021 | SUMMARY

WIE DAS WASSER KÜNFTIG GEMANAGT WERDEN SOLL**Und was das kostet**

Thomas Barthel, Herausgeber [Quelle: Meinungsbrometer.info]

Mehrere Jahre mit niedrigen Niederschlagsmengen haben gezeigt: Deutschland braucht eine Wasserstrategie. Die hat die damalige Bundesregierung im Sommer 2021 vorgestellt. Wesentliche Bestandteile dieser Strategie sind geplante Nutzungshierarchien, der Aufbau von Verbundnetzen und Fernleitungen und der bessere Datenaustausch zwischen den zuständigen Stellen in Bund, Ländern, Kreisen und Kommunen verbessert werden.

Für Dr. Durmus Ünlü, Geschäftsführer der Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft e.V. (AöW), muss künftig das Ziel, Nutzungskonflikten vorzubeugen und Nutzungskonkurrenzen zu reduzieren, oberste Priorität haben. Im Interview mit dem Fachdebattenportal Meinungsbarometer.info, sagt er, dass sich die Situation durch den Kli-

mawandel verschärft und: „Soweit es aufgrund von Wasserstress zudem auf eine Nutzungshierarchie der vorhandenen und nutzbaren Wasserressourcen ankommt, ist zu berücksichtigen, dass der Zugang zu einwandfreiem und sauberem Trinkwasser als fester Bestandteil der Verwirklichung aller Menschenrechte anerkannt ist.“ Auch für Godehard Hennies, Geschäftsführer, Wasserverbandstag e.V. Bremen | Niedersachsen | Sachsen-Anhalt, steht die öffentliche Wasserversorgung als Kern der Daseinsvorsorge an erster Stelle der Nutzungshierarchien. Diese sei verfassungsrechtlich abgesichert und müsse im Bewusstsein der Bevölkerung und der Verantwortlichen wieder ihren Stellenwert erhalten. Dabei sei ein regionales Management notwendig, um die Wassernutzungen möglichst konfliktfrei zu ermöglichen. „Im wasserreichen Land Deutschland kommt es für die Zukunft darauf an, die Verteilung des Wasserschatzes wertschätzend zu organisieren.“

Turgut Pencereci, Mitgeschäftsführer des Deutschen Bundes für verbandliche Wasserwirtschaft e. V. (DBVW) und Geschäftsführer des Landeswasserverbandstages Brandenburg e.V. betont, dass die Nutzungskonflikte nicht nur ein Zukunftsthema sind, sondern, dass bereits jetzt bestehen. „Wir stellen fest, dass sich Nutzungskonflikte nicht nur zwischen Trinkwasserversorgern, Mineralwasserproduzenten, Landwirten, Naturschützern, Industrie und Gewerbe und weiteren ergeben, sondern dass sogar schon öffentlich-rechtliche Aufgabenträger untereinander in Nutzungskonflikte geraten.“ Die öffentliche Wasserversorgung müsse in jedem Fall Vorrang haben, aber auch die anderen Akteure müssten mit ausreichend Wasser versorgt werden. Denn es nütze wenig, die Trinkwasserversorgung vorrangig zu behandeln, wenn gleichzeitig die Landwirtschaft nicht ausreichend Wasser habe, um für die Versorgung der Bevölkerung zu wirtschaften. Daher müssten sich alle Beteiligten darauf einstellen, dass der sparsame (rationelle) Umgang mit Wasser höchste Priorität habe.

Für Diana Nenz vom NABU (Naturschutzbund Deutschland) e.V. kommt dem Naturschutz eine besondere Bedeutung zu, da starke Ökosysteme systemregulierend und stabilisierend für den Wasserhaushalt und somit für das Wasserdargebot sind. Dadurch werde der Verschärfung von Nutzungskonflikten entgegengewirkt. Starre Nut-

zungshierarchien machen aus ihrer Sicht wenig Sinn, da Nutzungskonflikte regional und zeitlich sehr unterschiedlich ausgeprägt sind. „Das verfügbare Wasserdargebot wird durch die Wassermenge und durch die Wasserqualität definiert. So kann sich das Dargebot durch zunehmende Verschmutzungen oder steigende Nutzungen verringern.“ In diesem Zusammenhang mahnt Sebastian Schönauer vom BUND: „Die Belange der Trinkwasserversorgung müssen hier endlich durch die Umsetzung der Nitrat-RL, die zwar seit 1991 gültig ist, aber bisher 30 Jahre lang zu Gunsten der Agrolobby missachtet wurde, Richtlinien-konform umgesetzt werden.“ Nur so würden die Wasserversorgungsunternehmen in die Lage versetzt, ihre Aufgaben zu erfüllen. Die EU-Kommission erwäge bereits, die Bundesrepublik Deutschland erneut mit einem Vertragsverletzungsverfahren zu überziehen, da die Auflagen wieder nicht, bzw. zum wiederholten Mal nicht Richtlinien-konform umgesetzt wurden.

Prof. Dr. Uli Paetzel, Präsident der Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA) lenkt den Blick auf die urbanen Ballungsräume und deren Umbau zu wasserbewussten Zukunftsstädten als wesentlicher Teil der Klimaanpassung. In der Nationalen Wasserstrategie setze man auf das Schwammstadtprinzip zum Wasserrückhalt in der Fläche. Seine Vereinigung stehe bei der Entwicklung der Leitlinien als kompetente und erfahrene Partnerin zur Verfügung. „Blau-Grüne Infrastruktur stärken, Fläche multifunktional nutzen, Stadtklima verbessern, Gewässer aufwerten, Umsetzungshemmnisse abbauen, Akteure vernetzen – die Kernelemente der Nationalen Wasserstrategie sind zentrale Aussagen des aktuellen DWA-Positionspapiers „Wasserbewusste Entwicklung unserer Städte“.“ Technisch sei der Umbau der Städte realisierbar, volkswirtschaftlich und ökologisch sehr sinnvoll. Auf den Datenaustausch zwischen Bund, Land und Kommunen geht Siegfried Gendries, Mitglied im Expertenbeirat von Partner für Wasser e.V., ein. Besser gesagt den mangelnden Datenaustausch. Denn: „Der Datenaustausch setzt deren Verfügbarkeit voraus. Es ist teilweise erschreckend, wie schlecht die Datenbasis der Behörden und politischen Entscheidungsträger zu Wasser hierzulande zu sein scheint.“ Er spricht von einer eklatanten „Daten-Dürre“. Auf eine Anfrage zeigten sich in NRW zahlreiche Wasserbehörden unwissend, welche Mengen an Wasser auf Basis der erteilten Ent-

nahmerechte tatsächlich entnommen worden sind. Ähnliches räume das Bayerische Umweltministerium ein.

Prof. Dr. Dietrich Borchardt, Leiter des Departments Aquatische Ökosystemanalyse und Management am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ), spricht über die in der Wasserstrategie vorgesehenen jeweils 100 Millionen Euro in den kommenden 10 Jahren für einen besseren Zustand der Gewässer. Er stellt fest: „Der Finanzbedarf für die Umsetzung der konkreten Maßnahmen für die Anpassung an den Klimawandel und zum nachhaltigen Schutz des Wassers ist aber sehr viel größer.“ Allein die Kosten für den Umbau der Wasserinfrastrukturen würden zum Beispiel auf 3 Mrd €/Jahr geschätzt, die für die Umsetzung der Gewässerschutzmaßnahmen nach der EU-Wasserrahmenrichtlinie auf 8 Mrd.€ von 2022 bis 2027. Dieser Finanzbedarf müsse aus ganz unterschiedlichen Quellen erbracht und sehr viel stärker als bisher Verursacher-gerecht und nach dem Kostendeckungsprinzip folgend ausgerichtet werden.

DEBATTENBEITRAG

21.07.2021 | INTERVIEW

MILLIARDEN FÜR WASSERINFRASTRUKTUR NÖTIG

Wie ein UFZ-Forscher den Entwurf zur Wasserstrategie bewertet



Prof. Dr. Dietrich Borchardt - Leiter des Departments Aquatische Ökosystemanalyse und Management am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung - UFZ [Quelle: Sebastian Wiedling/UFZ]

"Wasser, der Wasserkreislauf und Wassereinzugsgebiete kennen keine administrativen Grenzen oder den Föderalismus" betont Prof. Dr. Dietrich Borchardt vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ). Gerade für den Krisenfall brauche es daher einen effektiven und schnellen Datenaustausch. Außerdem sieht er erheblichen Finanzbedarf.

Ein Ziel der geplanten Wasserstrategie ist es, Nutzungskonflikten vorzubeugen. Wer sollte aus Ihrer Sicht bei den aufzustellenden Nutzungshierarchien ganz oben stehen?

Bei den Nutzungshierarchien sicherlich das Trinkwasser, wenn es nachhaltig gewonnen, aufbereitet, verteilt und konsumiert wird.

Verbundnetze und Fernleitungen sollen die ortsnahe Wasserversorgung ergänzen. Wie bewerten Sie das?

Bei den sich abzeichnenden Entwicklungen im Klima und beim Wasserbedarf ist es sinnvoll, vorhandene ortsnahe Rohwasserquellen durch Verbünde oder alternative Quellen entweder als zweites Standbein zu haben oder sie im Krisenfall aktivieren zu können. Das führt zu mehr Resilienz und ist sinnvoll insbesondere dort, wo in den letzten Trockenjahren die genehmigten Wasserfördermengen ausgeschöpft oder mit Ausnahmegenehmigungen sogar übernutzt wurden.

Im Rahmen der Strategie soll auch der Datenaustausch zwischen den zuständigen Stellen in Bund, Ländern, Kreisen und Kommunen verbessert werden. Welchen Beitrag kann das zu einer sicheren Wasserversorgung leisten?

Wasser, der Wasserkreislauf und Wassereinzugsgebiete kennen keine administrativen Grenzen oder den Föderalismus. Sie müssen aber in diesen natürlichen Einheiten hinsichtlich Quantität, Qualität und Ökologie bewirtschaftet werden. Deshalb ist der effektive und schnelle Datenaustausch sinnvoll und notwendig, auch für eine sichere Wasserversorgung. Das brauchen wir im Krisenfall akuter Dürre und Wasserknappheit, genauso wie für die langfristigen Planungen zum Umbau unserer Wasserinfrastrukturen.

In einem Sofortprogramm sollen in den kommenden 10 Jahren jeweils 100 Millionen Euro für einen besseren Zustand der Gewässer eingesetzt werden. Was sagen Sie zu dieser Summe?

Das ist eine beträchtliche Summe und sinnvoll, um wichtige Initiativen zur Umsetzung der prioritären Handlungsfelder der Wasserstrategie zu starten und mittelfristig abzusichern.

Der Finanzbedarf für die Umsetzung der konkreten Maßnahmen für die Anpassung

an den Klimawandel und zum nachhaltigen Schutz des Wassers ist aber sehr viel größer. Allein die Kosten für den Umbau der Wasserinfrastrukturen werden zum Beispiel auf 3 Mrd €/Jahr geschätzt, die für die Umsetzung der Gewässerschutzmaßnahmen nach der EU-Wasserrahmenrichtlinie auf 8 Mrd.€ von 2022 bis 2027. Dieser Finanzbedarf muss aus ganz unterschiedlichen Quellen erbracht und sehr viel stärker als bisher Verursacher gerecht und nach dem Kostendeckungsprinzip folgend ausgerichtet werden.

DEBATTENBEITRAG

22.07.2021 | STATEMENT

MITTEL AUS DER WASSERSTRATEGIE NICHT MEHR ALS TROPFEN AUF DEM HEISSEN STEIN

Wie der BUND den Entwurf zur Wasserstrategie bewertet



Sebastian Schönauer - Sprecher AK Wasser, BUND [Quelle: Toni Mader]

Bei der künftigen Verteilung von knapper werdendem Wasser „muss der gesetzlich festgelegte Vorrang der Trinkwasserversorgung erhalten werden und ganz oben stehen“, betont Sebastian Schönauer, Sprecher des AK Wasser beim BUND. Er fordert im Zuge der Debatte um eine nationale Wasserstrategie, endlich eine EU-Richtlinie umzusetzen.

In ihrem Entwurf zur nationalen Wasserstrategie macht die Bundesregierung den Anspruch geltend, künftigen Nutzungskonflikten vorzubeugen. Dazu ganz deutlich: Bei den aufzustellenden Nutzungshierarchien muss der gesetzlich festgelegte Vorrang der Trinkwasserversorgung erhalten werden und ganz oben stehen. Die Belastungen

durch die diffusen Quellen aus der landwirtschaftlichen Produktion (Nitrat, Gülle und Pestizide) müssen wesentlich verringert werden.

Die Belange der Trinkwasserversorgung müssen hier endlich durch die Umsetzung der Nitrat-RL, die zwar seit 1991 gültig ist, aber bisher 30 Jahre lang zu Gunsten der Agrolobby missachtet wurde, Richtlinien-konform umgesetzt werden. Nur so werden die Wasserversorgungsunternehmen in die Lage versetzt, ihre Aufgaben zu erfüllen. Die EU-Kommission erwägt bereits, die Bundesrepublik Deutschland erneut mit einem Vertragsverletzungsverfahren zu überziehen, da die Auflagen wieder nicht, bzw. zum wiederholten Mal nicht RL-konform umgesetzt wurden.

Nach dem Entwurf soll der Datenaustausch zwischen den zuständigen Stellen in Bund, Ländern, Kreisen und Kommunen verbessert werden. Das kann indes nur dann einen Beitrag zu einer sicheren Wasserversorgung leisten, wenn dies dazu genutzt wird, Übernutzungen von Grundwassereinzugsgebieten proaktiv zu verhindern und auftretende, bzw. festgestellte Verschmutzungen wie z.B. durch die immer häufiger und stärker auftretenden Mikroschadstoffe (Spurenstoffe) von „der Quelle“ her aus unseren Gewässern herauszuhalten, bzw. zu beseitigen. Das muss vorsorgend bereits bei der Produktion aber auch nachsorgend durch den Bau von sog. vierten Reinigungsstufen gelten.

Die im Entwurf genannte Summe von 100 Millionen Euro, also 10 Millionen pro Jahr und aufgeteilt auf 16 Bundesländern ist nicht einmal der Tropfen auf dem heißen Stein und zeigt den geringen Stellenwert, den die Umweltpolitik in der Regierung Merkel „genießt“.

Außerdem: Die 10 Mio. pro Jahr sollten nicht für Werbebroschüren, sondern für richtungsweisende Pilotprogramme in jeweils einem Bundesland verwendet werden, das ein besonders innovatives Projekt zum ökologischen Umbau eines Fließgewässers vorstellt. Hier eignet sich z. B. hervorragend die Herstellung von Durchgängigkeit für Fische durch den Abriss eines Kleinwasserkraftwerkes und Umbau in raue Rampen, die die Sauerstoffanreicherung im Fluss wesentlich erhöhen.

DEBATTENBEITRAG

12.08.2021 | INTERVIEW

URBANE BALLUNGSRÄUME ZU WASSERBEWUSSTEN ZUKUNFTSSTÄDTEN UMBAUEN

Was am Entwurf zur Wasserstrategie schon gut ist - und wo noch Bedarf besteht



Prof. Dr. Uli Paetzel - Präsident, Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA) [Quelle: DWA/Klaus Baumers]

"Die Umweltministerin hat in den vergangenen Jahren gezeigt, dass ihr das Thema Wasser wichtig ist", sagt Prof. Dr. Uli Paetzel, Präsident der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA). Die notwendigen Investitionsmaßnahmen, die die Nationale Wasserstrategie nach sich zieht, seien mit der darin vorgesehenen Summe indes nicht zu stemmen.

Ein Ziel der geplanten Wasserstrategie ist es, Nutzungskonflikten vorzubeugen. Wer sollte aus Ihrer Sicht bei den aufzustellenden Nutzungshierarchien ganz oben stehen?

Absolute Priorität genießt die Trinkwasserversorgung, also die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser, selbstverständlich auch für die persönliche Hygiene. Davon abzugrenzen ist allerdings die öffentliche Wasserversorgung, die neben dieser Trinkwasserversorgung im engeren Sinne ja auch Wasser für Zwecke wie beispielsweise die Gartenbewässerung, das Befüllen von Pools und ähnlichem beinhaltet. Dieser Aspekt der öffentlichen Wasserversorgung muss gleichrangig behandelt werden wie die notwendige Wasserführung der Gewässer für die Aufrechterhaltung der ökologischen Funktionsfähigkeit, wie die Wassernutzung in der Industrie und in der Landwirtschaft sowie in der Energieversorgung. Hier brauchen wir bundesweite Rahmenregeln, damit die Entscheidungen vor Ort getroffen werden können. Grundsätzlich muss es aber Ziel sein, durch ein langfristiges intelligentes Wassermanagement Nutzungskonflikte weitestgehend zu vermeiden. Neben dem Rückhalt des Regenwassers vor Ort zählen dafür definitiv auch Maßnahmen zur Verringerung des Wasserverbrauchs in Industrie, Landwirtschaft und Energiewirtschaft.

Ihr Verband setzt nicht zuletzt auf eine wasserbewusste Stadtentwicklung. Wie sehen Sie dieses Anliegen in der geplanten Wasserstrategie abgebildet?

Wesentlicher Teil der Klimaanpassung ist der Umbau der urbanen Ballungsräume zu wasserbewussten Zukunftsstädten. Das Bundesumweltministerium setzt in der Nationalen Wasserstrategie auf das Schwammstadtprinzip zum Wasserrückhalt in der Fläche. Leitlinien für die Anpassung der Wasserinfrastruktur sollen entwickelt werden, um die Ziele Versorgungssicherheit, Starkregenvorsorge und Hitzeminderung durch Verdunstungskühlung zu erreichen. Die DWA steht bei der Entwicklung der Leitlinien als kompetente und erfahrene Partnerin zur Verfügung. Blau-Grüne Infrastruktur stärken, Fläche multifunktional nutzen, Stadtklima verbessern, Gewässer aufwerten, Umsetzungshemmnisse abbauen, Akteure vernetzen – die Kernelemente der Nationalen Wasserstrategie sind zentrale Aussagen des aktuellen DWA-Positionspapiers „Wasserbewusste Entwicklung unserer Städte“. Technisch ist der Umbau der Städte realisierbar, volkswirtschaftlich und ökologisch sehr sinnvoll. Wir erleben gerade, dass die ersten Bundesländer eigene Klimaanpassungsgesetze verabschieden beziehungsweise vorbereiten. Hier brauchen wir ambitionierte rechtliche Rahmenbedingungen und eine entsprechende Förderkulisse vom Land und vom Bund.

Im Rahmen der Strategie soll auch der Datenaustausch zwischen den zuständigen Stellen in Bund, Ländern, Kreisen und Kommunen verbessert werden. Welchen Beitrag kann die Digitalisierung in diesem Bereich leisten?

Sowohl Pandemie-Verfolgung als auch die Probleme bei der Hochwasser-Warnung zeigten, dass Deutschland beim Thema Digitalisierung großen Nachholbedarf hat. Die Verfügbarkeit von aktuellen Daten ist insbesondere in Krisensituationen von höchster Bedeutung. Die 2020er Jahre müssen daher ein Digitalisierungs-Jahrzehnt für die öffentliche Hand werden. Ich sehe die Wasserwirtschaft dabei allerdings vergleichsweise gut aufgestellt. Hier kommen moderne Methoden der Anlagensteuerung, Planungen mit BIM-Methoden, Netzüberwachung mit Drohnen oder KI-Lösungen zum Einsatz. Insgesamt lässt sich jedoch in der Wasserstrategie ablesen, dass die Bewirtschaftung unserer natürlichen Wasserressourcen komplexer und aufwendiger wird. Die technischen Anforderungen an unsere Systeme werden daher kontinuierlich steigen.

In einem Sofortprogramm sollen in den kommenden 10 Jahren jeweils 100 Millionen Euro für einen besseren Zustand der Gewässer eingesetzt werden. Was sagen Sie zu dieser Summe?

Das zusätzliche Engagement des Umweltministeriums ist zunächst einmal zu würdigen. Die Umweltministerin hat in den vergangenen Jahren gezeigt, dass ihr das Thema Wasser wichtig ist. Gleichzeitig wissen wir jedoch, dass die notwendigen Investitionsmaßnahmen, die die Nationale Wasserstrategie nach sich zieht, mit einer solchen Summe nicht zu stemmen sind. Es sind daher vor dem Hintergrund wachsender Herausforderungen durch den Klimawandel, neue Finanzierungsquellen zu erschließen. Für den Bereich Klimafolgenanpassung ist es beispielsweise sinnvoll, Geld aus der CO₂-Bepreisung zu verwenden, weil hier ja ein sachlicher Zusammenhang zwischen den Emissionen und der Notwendigkeit zu Anpassungsmaßnahmen besteht. Ich hoffe, dass wir hier nach den Bundestagswahlen in einen entsprechenden Austausch kommen werden.

DEBATTENBEITRAG

06.09.2021 | INTERVIEW

NABU FORDERT RENATURIERUNGSFONDS VON 500 MIO. EURO PRO JAHR

Wie bei der Wasserstrategie noch nachgebessert werden sollte



Diana Nenz - Referentin für Gewässerpolitik/ Water Policy Officer, NABU (Naturschutzbund Deutschland) e.V. [Quelle: NABU]

"Die Entwicklung lokal angepasster Lösungen sollte Priorität bei der Bewirtschaftung unserer Wasserressourcen und bei der Wasserversorgung haben", betont NABU-Wasserexpertin Diana Nenz. Es brauche intelligente, dezentrale Systeme, die mit natürlichen Kapazitäten arbeiten. Und mehr Geld.

Ein Ziel der geplanten Wasserstrategie ist es, Nutzungskonflikten vorzubeugen. Wer sollte aus Ihrer Sicht bei den aufzustellenden Nutzungshierarchien ganz oben stehen?

Bei den betrachteten Nutzungskonkurrenzen geht es um Wasserbedarfe für die

Trinkwasserversorgung, die Forst- und Landwirtschaft, die Industrie- und Energieproduktion bspw. für Kühlwasser und den Naturschutz. Aus meiner Sicht müssen die Wasserbedarfe für den Schutz und Erhalt von Natur und Ökosysteme ganz oben in der Nutzungshierarchie stehen. Dem Naturschutz kommt eine besondere Bedeutung zu, da starke Ökosysteme systemregulierend und stabilisierend für den Wasserhaushalt und somit für das Wasserdargebot sind. Dadurch wird der Verschärfung von Nutzungskonflikten entgegengewirkt. Starre Nutzungshierarchien machen jedoch wenig Sinn, da Nutzungskonflikte regional und zeitlich sehr unterschiedlich ausgeprägt sind. Das verfügbare Wasserdargebot wird durch die Wassermenge und durch die Wasserqualität definiert. So kann sich das Dargebot durch zunehmende Verschmutzungen oder steigende Nutzungen verringern. Die vergangenen Dürresommer und Extremereignisse haben die positiven Effekte eines naturnahen Wassermanagements bestätigt. Durch intakte Auen oder grünen Infrastrukturen in Städten konnten Dürreschäden vermindert, der Wasserabfluss stabil gehalten und Hitzeereignisse gemindert werden. Gleichzeitig konnte auch das Schadensausmaß von Hochwasser und Starkregenereignissen verringert und teilweise ganz vermieden werden. Das heißt, durch die Priorisierung des Naturschutzes wird auch die Konfliktprävention unterstützt.

Verbundnetze und Fernleitungen sollen die ortsnahe Wasserversorgung ergänzen. Wie bewerten Sie das?

Die Entwicklung lokal angepasster Lösungen sollte Priorität bei der Bewirtschaftung unserer Wasserressourcen und bei der Wasserversorgung haben. Zukunftsfähige Infrastrukturlösungen müssen flexibel mit Blick auf ihre Auslastung und geführten Wassermenge sein. Ideal dafür sind intelligente, dezentrale Systeme, die mit natürlichen Kapazitäten arbeiten. Diese können mit unterschiedlichen Wasserqualitäten und -mengen besser umgehen. Nur 4% des durchschnittlichen Trinkwasserbedarfs in deutschen Haushalten wird für die Essenszubereitung und zum Trinken verwendet. Ein Großteil des Trinkwassers wird für Nutzungen verwendet, die nicht notwendigerweise Trinkwasserqualität brauchen und auch durch aufbereitetes „Betriebswasser“ gedeckt werden könnte. Das könnte aufbereitetes Regenwasser zum Duschen oder

aufbereitetes Duschwasser für die Toilettenspülung, zum Wäsche waschen oder die Reinigung sein. Lokale Infrastrukturen sollten dahingehend ausgelegt werden, verschiedene Wasserbedarfe flexibel zu decken oder zu reduzieren. Das wäre ein effizienter Umgang mit unseren Wasserressourcen. Dafür müssten keine Verbundnetze ausgebaut werden. Tatsächlich sind Fernleitungen und Verbundnetze höchst unflexibel und wenig anpassungsfähig für schwankende Wassermengen und Wasserqualitäten. Ob man für die nächsten 50-100 Jahre sicher abschätzen kann, wo Mangel- und Überschussgebiete bestehen bleiben, wage ich zu bezweifeln. Schon heute ist der Bau großer, zentraler Versorgungssysteme nicht mehr sinnvoll. Zudem sind diese aufwändig in Planung, Bau und Betrieb und amortisieren sich erst über einen langen Nutzungszeitraum. Geld, das im Zweifelsfall für innovative lokale Lösungen fehlt. Gleichzeitig ist die Prognose von lokalen Wasserverfügbarkeiten in Zukunft mit immer größeren Unsicherheiten verbunden. Das liegt daran, dass sich Niederschlagsmengen lokal sehr stark unterscheiden und Wasserressourcen verschiedenen Nutzungen unterliegen.

Im Rahmen der Strategie soll auch der Datenaustausch zwischen den zuständigen Stellen in Bund, Ländern, Kreisen und Kommunen verbessert werden. Welchen Beitrag kann das zu einer sicheren Wasserversorgung leisten?

Ein verbesserter Datenaustausch zwischen den zuständigen Stellen zum Zustand der Gewässer und Grundwasserressourcen ist essentiell, um Wasserressourcen bestmöglich zu schützen, zu verteilen und zu nutzen. Das ist insbesondere der Fall, weil der Nutzungsdruck stetig ansteigt. Gewässer sind fast immer grenzüberschreitend, Zuständigkeiten ändern sich, viele verschiedene Nutzer werden miteinander verbunden und sind sich dessen nicht immer bewusst. Es ist wichtig, dass wir über den Zustand unserer Wasserressourcen informiert sind und rechtzeitig erkennen, wann es zu erheblichen Verschlechterungen oder der Überschreitung von Grenzwerten kommt. Es geht auch darum, zuzuordnen, wo Verschmutzungen entstehen und wer dafür verantwortlich ist. Werden Problemlagen nicht beobachtet, kann dadurch tatsächlich die Versorgungssicherheit gefährdet werden. Beispielweise gibt es oft unzureichendes Wissen über die verschiedenen Nutzungen eines grenzüberschreitenden

Grundwasserleiters und die Bewegung des Wassers darin. Eine Übernutzung ist daher möglich. Gleichzeitig kann mit einer Verringerung der Wassermenge oft auch eine Erhöhung der Schadstoffkonzentration einhergehen, bspw. durch steigende Nitratbelastungen aus der Landwirtschaft. Das belastet die Versorgungssicherheit, da Grundwasser die wichtigste Trinkwasserressource in Deutschland ist.

In einem Sofortprogramm sollen in den kommenden 10 Jahren jeweils 100 Millionen Euro für einen besseren Zustand der Gewässer eingesetzt werden. Was sagen Sie zu dieser Summe?

Der Handlungsbedarf ist immens. Deutschland erreicht flächendeckend nicht das Ziel der guten Gewässerqualität. Auch die dafür so wichtigen Auen sind in einem desolaten Zustand. Zwei Drittel der Auen sind nicht mehr an Gewässer angeschlossen. Vom übrigen Drittel weisen mehr als die Hälfte einen stark veränderten Charakter auf. Dahingehend sind 100 Mio. Euro ein Zeichen. Will man aber den Herausforderungen der Biodiversitätskrise und der Klimakrise ernsthaft begegnen, muss der Naturschutz in den Mittelpunkt rücken. Der NABU fordert dafür einen Renaturierungsfonds von 500 Mio. Euro pro Jahr, um unsere Gewässer und Ökosysteme wieder widerstandsfähig zu machen. Um diese Zahlen ins Verhältnis zu setzen folgendes Beispiel: Unser Renaturierungsprojekt an der unteren Havel, das größte Renaturierungsprojekt Europas, hat 21 Mio. Euro benötigt. Damit wurden u.a. 15 Altarme auf 90 km Flusslänge wieder angeschlossen und Flächen für die Entstehung von Auwäldern geschaffen. Für die weitere Pflege- und Entwicklung bräuchte man weitere 22 Mio. Euro. Dafür hat man ca. 1.100 vom Aussterben stark bedrohte Arten eine Heimat geben, die Gewässerqualität wird verbessert, Überschwemmungen und Dürren vermindert, der Landschaftswasserhaushalt stabilisiert und damit ein Beitrag zur Klimaanpassung geleistet. Konzentriert man sich im Gegensatz dazu auf den Ausbau teurer technischer Infrastrukturen, würden 20 Mio. Euro eine Fernleitung von ca. 25 km finanzieren. Neben dem Wassertransport wäre aber noch nichts für den Klimaschutz, für den Naturschutz oder die Vorbeugung von Hochwasserereignissen oder Dürren getan.

DEBATTENBEITRAG

21.09.2021 | INTERVIEW

WASSERVERSORGUNG ALS KRITISCHE INFRASTRUKTUR UNZUREICHEND VERNETZT

Was für die Versorgungssicherheit wichtig ist



Turgut Pencereci - Mitgeschäftsführer des Deutschen Bundes für verbandliche Wasserwirtschaft e. V. (DBVW) und Geschäftsführer des Landeswasserverbandstag Brandenburg e.V. [Quelle: LWT Brandenburg/ Holger Petsch]

Aus Sicht von Turgut Pencereci vom Deutschen Bund für verbandliche Wasserwirtschaft werden sich alle Beteiligten "darauf einstellen müssen, dass der sparsame (rationelle) Umgang mit Wasser höchste Priorität hat". Wasser lasse sich nicht einfach reparieren, dies sei ein sehr umfangreicher Prozess über Jahre.

Ein Ziel der geplanten Wasserstrategie ist es, Nutzungskonflikten vorzubeugen. Wer sollte aus Ihrer Sicht bei den aufzustellenden Nutzungshierarchien ganz oben stehen?

Die Nutzungskonflikte sind nicht nur ein Zukunftsthema, sie bestehen bereits jetzt. Wir stellen fest, dass sich Nutzungskonflikte nicht nur zwischen Trinkwasserversorgern, Mineralwasserproduzenten, Landwirten, Naturschützern, Industrie und Gewerbe und weiteren ergeben, sondern dass sogar schon öffentlich-rechtliche Aufgabenträger untereinander in Nutzungskonflikte geraten. In Deutschland gibt es dazu mehrere Beispiele.

Wir gehen davon aus, dass die öffentliche Wasserversorgung in jedem Fall Vorrang haben muss, dass aber auch die anderen Akteure mit ausreichend (sofern es denn vorhanden ist) Wasser versorgt werden müssen. Denn es nützt wenig, die Trinkwasserversorgung vorrangig zu behandeln, wenn gleichzeitig die Landwirtschaft nicht ausreichend Wasser hat, um für die Versorgung der Bevölkerung zu wirtschaften.

Alle Beteiligten werden sich aber darauf einstellen müssen, dass der sparsame (rationelle) Umgang mit Wasser höchste Priorität hat.

Verbundnetze und Fernleitungen sollen die ortsnahe Wasserversorgung ergänzen. Wie bewerten Sie das?

Verbundnetze und Fernleitungen können durchaus sinnvoll sein, gleichwohl gehen wir davon aus, dass das Primat der ortsnahen Wasserversorgung Vorrang haben sollte. Wasser sollte dort gebraucht (nicht verbraucht) werden, wo es anfällt bzw. zur Verfügung steht. Dass darüber hinaus Talsperrensysteme, wie etwa das Harzer Hochregal oder die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz ihre Berechtigung haben, bleibt außer Frage. Es kann jedoch nicht sein, dass bei Industrie- und Gewerbeansiedlungen Wasser gebraucht wird, das dann den örtlichen Akteuren, insbesondere auch den Trinkwasserversorgern (öffentliche Wasserversorgung) entzogen wird und diese auf Fernwasserversorgungssysteme verwiesen werden.

Im Rahmen der Strategie soll auch der Datenaustausch zwischen den zuständigen Stellen in Bund, Ländern, Kreisen und Kommunen verbessert werden. Welchen Beitrag kann das zu einer sicheren Wasserversorgung leisten?

Wir stellen fest, dass die Wasserversorgung als kritische Infrastruktur nur recht unzureichend vernetzt ist. Es gibt zwar viele Interessensvertretungen, man kennt sich und man hilft sich. Allerdings ist für den Krisenfall unseres Erachtens nicht ausreichend vorgesorgt. Hier muss eine deutliche Vernetzung erfolgen.

In einem Sofortprogramm sollen in den kommenden 10 Jahren jeweils 100 Millionen Euro für einen besseren Zustand der Gewässer eingesetzt werden. Was sagen Sie zu dieser Summe?

Die Summe ist hoch, reicht jedoch bei weitem nicht aus. Natürlich ist es einfach, zu sagen, diese Summe reiche nicht aus und man benötige mehr. Der Gewässerschutz ist jedoch über Jahre nicht so vorgenommen worden, wie es jetzt erforderlich ist. Wir müssen deshalb auch Versäumnisse der Vergangenheit aufholen. Im Übrigen lässt sich Wasser nicht einfach reparieren, dies ist vielmehr ein sehr umfangreicher Prozess, der viele viele Jahre in Anspruch nimmt. Natürlich hilft der genannte Betrag, er sollte aber aufgestockt werden.

DEBATTENBEITRAG

29.09.2021 | INTERVIEW

MEHR WASSERSTRESS DURCH DEN KLIMAWANDEL

Wie die Politik für genug sauberes Wasser sorgen sollte



Dr. Durmus Ünlü - Geschäftsführer, Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft e.V. (AöW) [Quelle: Frederic Schweitzer]

Dr. Durmus Ünlü von der Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft e.V. (AöW) erinnert daran, "dass der Zugang zu einwandfreiem und sauberem Trinkwasser als fester Bestandteil der Verwirklichung aller Menschenrechte anerkannt ist". Für einen guten Zustand der Gewässer sieht er hohen Finanzbedarf - aber nicht nur.

Ein Ziel der geplanten Wasserstrategie ist es, Nutzungskonflikten vorzubeugen. Wer sollte aus Ihrer Sicht bei den aufzustellenden Nutzungshierarchien ganz oben stehen?

Oberste Priorität muss das Ziel haben, Nutzungskonflikten vorzubeugen und Nutzungskonkurrenzen zu reduzieren. Hier ist bei anderen Akteuren noch viel Potential

auszuschöpfen, wenn wir den Schutz des Natur- und Wasserhaushalts mitberücksichtigen wollen. Durch den Klimawandel verschärft sich die Situation. Soweit es aufgrund von Wasserstress zudem auf eine Nutzungshierarchie der vorhandenen und nutzbaren Wasserressourcen ankommt, ist zu berücksichtigen, dass der Zugang zu einwandfreiem und sauberem Trinkwasser als fester Bestandteil der Verwirklichung aller Menschenrechte anerkannt ist. Diese herausgehobene Stellung des Zugangs zu einwandfreiem Trinkwasser ist in der Daseinsvorsorge i.S.d. § 50 Abs. 1 WHG verankert und hat insoweit Vorrang. Die Städte und Gemeinden haben nach Artikel 28 Abs. 2 Grundgesetz (GG) nicht nur das Recht, sondern vielmehr auch die Pflicht zur Daseinsvorsorge, der sie mit der ortsnahen Wasserversorgung bester Güte nachkommen müssen. Trotz der bestehenden Rechtslage, die den Vorrang der öffentlichen Wasserversorgung gewährleisten soll, wird dem in der Praxis nicht immer hinreichend Rechnung getragen.

Insgesamt ist ein sorgsamerer Gebrauch von allen Nutzungsgruppen notwendig. Im Fokus muss aber auch der Nutzen des Wassers stehen: weg vom Ableiten des Regenwassers hin zum Nutzen durch wassersensible Siedlungen. Es ist nötig, dass Anreize für effiziente Wassernutzung geschaffen werden, daher sprechen wir uns auch gegen eine Privilegierung der Landwirtschaft oder der Industrie durch niedrigere Wasserentnahmeentgelte aus. Ebenfalls zu prüfen ist die Senkung des Wasserbedarfs durch eine klimaangepasste sog. „Schwammstadt“.

Verbundnetze und Fernleitungen sollen die ortsnahe Wasserversorgung ergänzen. Wie bewerten Sie das?

Auf Grund des Klimawandels wird es zu einer Verstärkung von Wasserstress kommen, so dass häufiger regionale Wasserknappheiten eintreten können. Daher sprechen wir uns dafür aus, auf lokaler und regionaler Ebene öffentliche Kooperationen zu prüfen. So könnten lokale Engpässe durch Verbund- oder Notleitungen ausgeglichen werden oder vorrangig ortsnah der Wasserbedarf gedeckt werden.

Die kommunale Vernetzung und ggf. der Bau zusätzlicher Anlagen erfordern Investi-

tionen, die nicht ausschließlich über die Trinkwassernutzer refinanziert werden können. Deshalb sind zur Erhöhung der Versorgungssicherheit Bundes- und/oder Landesmittel notwendig. Außerdem müssen für die Kommunen mehr Anreize und bessere Rahmenbedingungen geschaffen werden, um Maßnahmen zur kommunalen Klimafolgenanpassung und Sicherstellung der klimaresilienten Wasserversorgung planen zu können.

Im Rahmen der Strategie soll auch der Datenaustausch zwischen den zuständigen Stellen in Bund, Ländern, Kreisen und Kommunen verbessert werden. Welchen Beitrag kann das zu einer sicheren Wasserversorgung leisten?

Der Datenaustausch kann vorausschauendes Handeln verbessern. Die Bedeutung hiervon hat sich insbesondere bei der diesjährigen Hochwasser- und Starkregenkatastrophe gezeigt. Auch im Bereich der sicheren Wasserversorgung spielen Daten eine Rolle, wenn es um qualitative und quantitative Entwicklungen und Trends geht. Entscheidend ist jedoch nicht der Datenaustausch an sich, vielmehr kommt es darauf an, nur relevante Daten auszutauschen, diese richtig auszuwerten und daraus zielgerichtete Maßnahmen abzuleiten. Letztlich hängt dies vor allem von der personellen und finanziellen Ausstattung der genannten zuständigen Stellen ab.

In einem Sofortprogramm sollen in den kommenden 10 Jahren jeweils 100 Millionen Euro für einen besseren Zustand der Gewässer eingesetzt werden. Was sagen Sie zu dieser Summe?

Wir begrüßen jeden Euro, der für einen besseren Zustand der Gewässer eingesetzt werden soll. Laut einem Bericht der Europäischen Umweltagentur EEA aus 2018 sind nur 8,4 Prozent der deutschen Oberflächengewässer mit gut oder sehr gut bewertet. Die Europäische Wasserrahmenrichtlinie, die den guten ökologischen Zustand der Gewässer fordert, muss bis 2027 umgesetzt werden. In der Nationalen Wasserstrategie des Bundesministeriums für Umwelt wurde festgehalten, dass laut Schätzung der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser ein Volumen von 35 Mrd. Euro erforderlich ist, um die Bewirtschaftungsziele der Wasserrahmenrichtlinie zu erreichen. Die geplante Summe von 100 Millionen Euro ist also nicht einmal 1 Prozent der Kos-

ten für die erforderlichen Maßnahmen. Neben den schwindelerregenden Kosten, dürfen aber die langfristigen Vorteile nicht vergessen werden, denn eine intakte Umwelt und gesunde Wasserkörper als Grundlage des Lebens für die gesamte Gesellschaft bedeuten. Dies muss noch deutlicher hervorgehoben und immer wieder in Erinnerung gerufen werden. Nur so denke ich, dass auch die erforderlichen zusätzlichen Mittel Akzeptanz finden und bereitgestellt werden können. Es werden aber nicht nur finanzielle Mittel benötigt, für die Erreichung der Ziele der WRRL und die Umsetzung braucht es auch die qualifizierten Mitarbeiter:innen. Dies braucht Zeit. Die Weichen dafür müssen nun von der neuen Bundesregierung durch die Annahme der Nationalen Wasserstrategie gestellt werden. Die bereits zugesagten Mittel sind insoweit für die ersten Maßnahmen richtig und wichtig.

DEBATTENBEITRAG

25.11.2021 | INTERVIEW

WIE DER WASSERSCHATZ VERTEILT WERDEN SOLLTE

Und wie das zu organisieren ist



Godehard Hennies - Geschäftsführer, Wasserverbandstag e.V. Bremen | Niedersachsen | Sachsen-Anhalt [Quelle: Wasserverbandstag e.V.]

Godehard Hennies vom Wasserverbandstag muss die öffentliche Wasserversorgung als Kern der Daseinsversorge "im Bewusstsein der Bevölkerung und der Verantwortlichen wieder ihren Stellenwert erhalten". Die übrigen Wassernutzungenm sollten möglichst konfliktfrei ermöglicht werden.

Ein Ziel der geplanten Wasserstrategie ist es, Nutzungskonflikten vorzubeugen. Wer sollte aus Ihrer Sicht bei den aufzustellenden Nutzungshierarchien ganz oben stehen?

An erster Stelle der Nutzungshierarchien steht die öffentliche Wasserversorgung als

Kern der Daseinsvorsorge. Sie ist verfassungsrechtlich abgesichert und muss im Bewusstsein der Bevölkerung und der Verantwortlichen wieder ihren Stellenwert erhalten. Danach ist angepasst an die einzelnen Ressourcen; Grundwasser, Oberflächengewässer, Talsperren - ein regionales Management notwendig die Wassernutzungen möglichst konfliktfrei zu ermöglichen. Im wasserreichen Land Deutschland kommt es für die Zukunft darauf an, die Verteilung des Wasserschatzes wertschätzend zu organisieren.

Verbundnetze und Fernleitungen sollen die ortsnahe Wasserversorgung ergänzen. Wie bewerten Sie das?

In vielen Bereichen ist diese Ergänzung notwendig und sinnvoll. Sie kann wichtig dazu beitragen Nutzungskonflikte zu entschärfen, Verbundnetze und Fernleitungen sind auch für einzelne Nutzungsbereiche wie Löschwasser, Beregnung oder Brauchwasser für die Industrie gut geeignet.

Im Rahmen der Strategie soll auch der Datenaustausch zwischen den zuständigen Stellen in Bund, Ländern, Kreisen und Kommunen verbessert werden. Welchen Beitrag kann das zu einer sicheren Wasserversorgung leisten?

Die Digitalisierung und der transparente Informationsaustausch zentraler Daten - von qualifizierten Wetterdaten bis zu Entwässerungspegeln - ist Kernbestandteil von Wasserstrategien von Dürren bis zu Starkregen und Sturmfluten.

In einem Sofortprogramm sollen in den kommenden 10 Jahren jeweils 100 Millionen Euro für einen besseren Zustand der Gewässer eingesetzt werden. Was sagen Sie zu dieser Summe?

Reicht bei weitem nicht aus.

DEBATTENBEITRAG

01.12.2021 | INTERVIEW

EKLATANTE DATEN-DÜRRE RUND UMS WASSER

Wie die Wasserversorgung resilient werden kann



Siegfried Gendries - Mitglied im Expertenbeirat von Partner für Wasser e.V. [Quelle: Herold, Bayerischer Gemeindetag]

"Die gesetzlichen Grundlagen und Instrumente für den Schutz der Gewässer müssen dringend verschärft werden", sagt Siegfried Gendries. Der Wasserexperte, Wasser-Blogger und Herausgeber des Informationsportals Lebensraumwasser.com gehört dem Expertenbeirat von Partner für Wasser e.V. an und wirkte als Mitglied des Nationalen Wasserforums an der Entwicklung der Nationalen Wasserstrategie mit.

Ein Ziel der geplanten Wasserstrategie ist es, Nutzungskonflikten vorzubeugen. Wer sollte aus Ihrer Sicht bei den aufzustellenden Nutzungshierarchien ganz oben stehen?

Die Sicherung der öffentlichen Trinkwasserversorgung verdient ganz sicher den Vor-

zug. Darauf haben sich zwischenzeitlich die Umweltminister der Länder verständigt. Nordrhein-Westfalen ist in der Novelle des Landeswassergesetzes vorgeprescht, hat damit aber offene Punkte aufgedeckt. Dort heißt es im § 37 Abs. 2: „Wasserentnahmen der öffentlichen Wasserversorgung, soweit sie die öffentliche Trinkwasserversorgung und damit die Gesundheit der Bevölkerung sicherstellen, haben Vorrang vor anderen Wasserentnahmen.“ Nicht alle Entnahmen aus dem öffentlichen Netz dienen der Gesundheit der Bevölkerung. Produzierendes Gewerbe, Handwerk oder Industrie, soweit sie aus dem Netz entnehmen, würden bevorzugt gegenüber Landwirtschaft oder sogar Wettbewerbern, wenn diese in der Nutzungshierarchie nachrangig behandelt würden. Hier bedarf es einer Klärung. Aber auch bei einer Bevorzugung der öffentlichen Trinkwasserversorgung sollte durch diese sichergestellt werden, dass Wasserverluste durch defekte Leitungen oder andere Ineffizienzen vermieden werden. Den bevorzugten Wasserversorgungsunternehmen sollten Wasserversorgungskonzepte und Bedarfsprognosen abverlangt werden können – ebenso wie allen anderen Wassernutzern.

Verbundnetze und Fernleitungen sollen die ortsnahe Wasserversorgung ergänzen. Wie bewerten Sie das?

Angesichts der Folgen des Klimawandels auf die Entwicklungen mancher Wasserdargebote bspw. in Unterfranken oder in Ostwestfalen erscheint es unverzichtbar, die öffentliche Trinkwasserversorgung durch regionale Verbünde oder Fernwasserleitungen abzusichern. Zwar postuliert das Wasserhaushaltsgesetz in § 50 Abs. 2 das „Prinzip der Ortsnähe“ der Versorgung und dessen Vorrang vor ortsferner Versorgung, aber wenn Ortsnähe faktisch unmöglich ist, wird die Sicherheit Vorrang haben müssen. Angesichts dieser Entwicklungen darf man durchaus von einem „Auslaufmodell Ortsnäheprinzip“ sprechen, was im Umkehrschluss die Notwendigkeit von „Backup“-Lösungen für eine resiliente Wasserversorgung unverzichtbar machen wird. Aber auch hier sollten den Entscheidungen regionale Wasserversorgungskonzepte als Verzahnung vorliegender lokaler Konzepte zugrundeliegen (siehe u.a. Wasserversorgungskonzepte in NRW* oder „Leitbild für ein Integriertes Wasserressourcen-Management Rhein-Main“ **).

Im Rahmen der Strategie soll auch der Datenaustausch zwischen den zuständigen Stellen in Bund, Ländern, Kreisen und Kommunen verbessert werden. Welchen Beitrag kann das zu einer sicheren Wasserversorgung leisten?

Der Datenaustausch setzt deren Verfügbarkeit voraus. Es ist teilweise erschreckend, wie schlecht die Datenbasis der Behörden und politischen Entscheidungsträger zu Wasser hierzulande zu sein scheint. Hier ist eine eklatante „Daten-Dürre“ zu erkennen. So zeigten sich auf eine Anfrage in NRW zahlreiche Wasserbehörden unwissend, welche Mengen an Wasser auf Basis der erteilten Entnahmerechte tatsächlich entnommen worden sind. Ähnliches räumt das Bayerische Umweltministerium ein und erklärt, dass die „tatsächlichen Bewässerungsanlagen um den Faktor 5 bis 7 höher liegen als die genehmigten Anlagen“.

Zum Thema Datenaustausch hat die bayerische Staatsregierung erst im September zum Thema „Bewässerung in Bayern“ bewiesen, wie schlecht die Datenbasis auf Ebene der Regierung und der Austausch mit den Gebietskörperschaften ist.^{***} Zudem ist es ein hehres Ziel, einen Datenaustausch zu betreiben, wenn die Systeme immer noch mit einem Bein im analogen Zeitalter stecken. Auch gibt es meines Wissens noch kein Bundesland, das die Wasserbücher digitalisiert hat. Die Liste ließe sich endlos fortsetzen.

In einem Sofortprogramm sollen in den kommenden 10 Jahren jeweils 100 Millionen Euro für einen besseren Zustand der Gewässer eingesetzt werden. Inwieweit muss die neue Bundesregierung da nachlegen?

Die gesetzlichen Grundlagen und Instrumente für den Schutz der Gewässer müssen dringend verschärft werden. Hier wird es insbesondere auf das Verursacherprinzip und die Vermeidung ankommen. Diese Grundprinzipien werden hierzulande stiefmütterlich behandelt. Nicht umsonst stand Deutschland wegen des Verstoßes gegen die Nitratrichtlinie vor dem Europäischen Gerichtshof. Zudem versucht die Wasserwirtschaft seit Jahren Gehör für eine Novellierung der Abwasserabgabe zu finden, bei denen die Verursacher verstärkt zur Kasse gebeten werden. Das „Polluter-pays-principle“ sollte in Deutschland endlich stärker Wirkung für den qualitativen Gewässer-

schutz entfalten. Wenn der Staat mehr Mittel bereitstellen – ohne dies wird es womöglich nicht gehen, dann zahlen am Ende die Bürger mit ihren Steuern für die Gewässerverschmutzer. Wer will das schon? Auch gibt es für den quantitativen Gewässerschutz ein Instrument: die Wasserentnahmeentgelte.**** Bei den Vorarbeiten zum Entwurf der Nationalen Wasserstrategie, bei denen ich als Mitglied des nationalen Wasserforums mitwirken durfte, haben wir wenigen Ökonomen wiederholt auf derartige Instrumente hingewiesen. So entstehen ökonomische Anreize, weniger Wasser zu nutzen und die Zahlungspflichtigen werden für die Umweltkosten herangezogen. In der Wasserstrategie findet sich ein „Bundesweites Wasserentnahmeentgelt“ im Maßnahmenkatalog wieder*****. Damit antwortet der Bund auf die Untätigkeit mancher Länder. Sicher bleiben noch offene Positionen, für die die Bundesregierung zusätzliche Mittel bereit stellen wird, aber zunächst sollen die Verursacher zahlen.

* <https://www.lebensraumwasser.com/sicherheit-in-der-trinkwasserversorgung-in-nrw-landesregierung-berichtet-fragen-bleiben/>

** <https://www.lebensraumwasser.com/wie-hessen-den-umgang-mit-wasser-nachhaltiger-gestalten-will/>

*** <https://www.lebensraumwasser.com/bewaesserungspolitik-in-bayern-denn-sie-wissen-nicht-was-sie-tun/>

**** <https://www.lebensraumwasser.com/brauchen-wir-hoehere-wasserentnahmeentgelte-um-das-wassersparen-zu-foerdern/>

***** Nationale Wasserstrategie, KURZFASSUNG Seite 4, LANGFASSUNG S. 66

IMPRESSUM

Herausgeber

Barthel Marquardt GbR
Merseburger Straße 200
04178 Leipzig
Tel: 0341 24 66 43 72
E-Mail: marquardt@meinungsbarometer.info
www.meinungsbarometer.info

V.i.S.d.P.

Dipl.-Journ. Nikola Marquardt

Idee, Konzept, Projektleitung

Dipl.-Journ. Thomas Barthel

Redaktion

Barthel Marquardt GbR

Diese Dokumentation darf nicht - auch nicht in Auszügen - ohne schriftliche Erlaubnis der Redaktion vervielfältigt und verbreitet werden. Die Dokumentation wurde mit größtmöglicher Sorgfalt zusammengestellt. Trotzdem können wir für die enthaltenen Informationen keine Garantie übernehmen. Die Redaktion schließt jegliche Haftung für Schäden aus, die aus der Nutzung von Informationen dieser Dokumentation herrühren.